

Themenverteilungsplan für den fünfstündigen Kurs: Politisches System

3.3.2 Politisches System		
3.3.2.1 Grundlagen des politischen Systems		
3.3.2.2 Politische Teilhabe		
3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren		
3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft		
		Leitfrage: Wie gut funktioniert unsere Demokratie?
Leitfrage/Impulse zur Unterrichtsgestaltung	Kompetenzen & Basiskonzepte Inhaltsbezogene und prozessbezogene Kompetenzen	Stundenzahl [90]
<p>In welchem Staat möchte ich (nicht) gerne leben?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Inselspiel • Vertragstheorien von Hobbes, Locke und Rousseau (vorgegebene Vergleichskriterien; Gruppenpuzzle) • Definition/Funktion einer „politischen Theorie“ • Fallbeispiele (kurze Länderporträts), z.B. von Großbritannien oder USA, China, Nordkorea • Vergleich (eigene Kriterien finden) <i>Alternative Positionierung: Fallbeispiele als Einstieg</i> • Urteilsbildung: Demokratie – Wirklich die beste Staatsverfassung? 	<p>Ordnung und Struktur: Welche unterschiedlichen Formen politischer Systeme es gibt?</p> <p>Macht und Entscheidung: Wie werden in den unterschiedlichen Systemen politische Entscheidungen getroffen?</p> <p>Interessen und Gemeinwohl: Wie wird politische Herrschaft legitimiert?</p> <p>3.3.2.1 Grundlagen des politischen Systems</p> <p>(1) neuzeitliche Vertragstheorien zur Legitimation politischer Herrschaft (Hobbes, Locke und Rousseau) vergleichen (Menschenbild, Begründung des Vertrags, Staatsstruktur, Rechte des Einzelnen, Gemeinwohlverständnis)</p> <p>(3) demokratische, autoritäre und totalitäre Typen politischer Systeme vergleichen (zum Beispiel Herrschaftslegitimation, -zugang, -anspruch, -monopol, -struktur und -weise)</p> <p>2.1 Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand von Modellen und Theorien untersuchen → Arbeit mit Modellen und Theorien 	8

<p>Bedingungen für die „Geltung einer Herrschaftsordnung als rechters“? (Kielmannsegg)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wie legitimiert sich staatliches Handeln am besten? Durch <ol style="list-style-type: none"> 1. Herrschaft durch das Volk (z.B. Wahlen), 2. Herrschaft für das Volk (z.B. Effektivität und Gerechtigkeit politischer Entscheidungen), 3. faire und transparente Verfahren, 4. Expertise der Entscheidungsträger (Vier-Ecken-Spiel) • Vergleich der verschiedenen Legitimationsvorstellungen 	<p>Interessen und Gemeinwohl: Wie wird politische Herrschaft legitimiert?</p> <p>3.3.2.1 Grundlagen des politischen Systems (2) neuere Demokratietheorien (Schumpeter, Habermas, Scharpf) in Bezug auf die Input- und Output-Legitimation vergleichen</p> <p>2.1 Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand von Modellen und Theorien untersuchen → Arbeit mit Modellen und Theorien 	<p>2</p>
<p>Durch welche Verfahren sollen politische Entscheidungen getroffen werden?</p> <ul style="list-style-type: none"> • drei Gegensatzpaare/Modelle der Demokratie (arbeitsteiliges Erarbeiten) • Präsentationen für die drei Modellpaare mit jeweils anschließender Streit-/Positionslinie zu obiger Fragestellung 	<p>Macht und Entscheidung: Wie werden in den unterschiedlichen Systemen politische Entscheidungen getroffen?</p> <p>3.3.2.1 Grundlagen des politischen Systems (5) Modelle der Demokratie charakterisieren (plebiszitär – repräsentativ, parlamentarisch – präsidentiell, Konkordanz – Konkurrenz)</p> <p>2.1 Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand von Modellen und Theorien untersuchen → Arbeit mit Modellen und Theorien 	<p>4</p>
<p>Unumstößliche Kernelemente im EU-Mitgliedsstaat Bundesrepublik</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fallbeispiel für den Abbau von 	<p>Ordnung und Struktur: Welche unterschiedlichen Formen politischer Systeme es gibt?</p> <p>Macht und Entscheidung: Wie werden in den unterschiedlichen Systemen politische Entscheidungen getroffen?</p> <p>Interessen und Gemeinwohl: Wie wird politische Herrschaft legitimiert?</p>	<p>2</p>

<p>Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (z.B. Ungarn, Türkei)</p> <ul style="list-style-type: none"> • passende GG-Artikel finden und Staatsstrukturprinzip erläutern: Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat, Republik, Sozialstaat, offene Staatlichkeit 	<p>3.3.2.1 Grundlagen des politischen Systems (6) Staatsstrukturprinzipien nach Art. 20, 23, 24 GG erläutern (Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat, Republik, Sozialstaat, offene Staatlichkeit)</p> <p>2.4 Methodenkompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Informationen aus Rechtstexten entnehmen (zum Beispiel Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, UN-Charta, UN-Kinderrechtskonvention, Grundgesetz, Jugenschutzgesetz, Schulgesetz, SMV-Verordnung) → Arbeit mit Rechtstexten 	
<p>„Trenneniepolitik und Wirtschaft“ - Wie bedingen sich politische und wirtschaftliche Ordnung?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Idealtypische Gegenüberstellung von Wirtschaftsordnungselementen für Planwirtschaft und freie Marktwirtschaft zu folgenden Aspekten: Eigentums-, Unternehmens-, Markt- und Preisbildungs- sowie Planungs- und Lenkungsform • Zuordnung von politischen Ordnungen • Fallbeispiel jenseits der Idealtypologie: China (autoritäres Regierungssystem/ Parteienstaat mit Staatskapitalismus) • Urteilsbildung: Einfluss der Wirtschaft auf die Demokratie? <p>Konkrete Gestaltung des Unterrichts hängt (auch) davon ab, ob 3.3.3 Wirtschaftspolitik bereits unterrichtet wurde</p>	<p>Ordnung und Struktur: Welche unterschiedlichen Formen politischer Systeme es gibt?</p> <p>3.3.2.1 Grundlagen des politischen Systems (4) Wechselwirkungen zwischen politischer Ordnung und Wirtschaftsordnung erläutern</p> <p>2.4 Methodenkompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Informationen aus Rechtstexten entnehmen (zum Beispiel Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, UN-Charta, UN-Kinderrechtskonvention, Grundgesetz, Jugenschutzgesetz, Schulgesetz, SMV-Verordnung) → Arbeit mit Rechtstexten 	<p>4</p>

Lernvoraussetzung	Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten Bürger haben, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen (Macht und Entscheidung), und wie das Grundgesetz die Teilhabe regelt (Regeln und Recht), welchen Beitrag die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten leisten, wie die Demokratie gesichert und geschützt werden kann (Interessen und Gemeinwohl) und welche Bedeutung Medien für eine demokratische Gesellschaft haben (Privatheit und Öffentlichkeit).	
Die personalisierte Verhältniswahl – ein fader Kompromiss? <ul style="list-style-type: none"> • Vergleich: relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen (Unterhaus, GB), absolute Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen (Nationalversammlung, Frankreich), Verhältniswahl ohne Sperrklausel (Nationalversammlung, Südafrika); personalisierte Verhältniswahl mit 5%-Klausel (Bundestag, Deutschland) • Bewertung der personalisierte Verhältniswahl mit 5%-Klausel mögliche Kriterien (D. Nohlen): Repräsentation, Konzentration, Partizipation, Einfachheit, Legitimität 	Macht und Entscheidung: Wie wird politische Herrschaft in Deutschland legitimiert? 3.3.2.2 Politische Teilhabe (1) das Wahlsystem zum Bundestag mit reinen Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen in anderen Staaten vergleichen (Legitimation, Repräsentation, Regierungsbildung) (2) das Wahlsystem zum Bundestag bewerten 2.1 Analysekompetenz <ul style="list-style-type: none"> ○ politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand von Modellen und Theorien untersuchen → Arbeit mit Modellen und Theorien 2.2. Urteilskompetenz <ul style="list-style-type: none"> ○ unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Repräsentation, Partizipation) und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offenlegen ○ aufzeigen, dass sich politisches Urteilen und Handeln in einem ständigen Spannungsverhältnis wie zum Beispiel Macht versus Recht, Legitimität versus Effizienz, Interesse versus Gemeinwohl, Partizipation versus Repräsentation, Konflikt versus Konsens vollzieht 	6
Der Wähler – (k)ein unbekanntes Wesen <ul style="list-style-type: none"> • Was beeinflusst das Wahlverhalten von Wählern? mögliche Items: Wohnort (Stadt - Land), Kirchenbindung, Alter, antizipierter Nutzen der 	Macht und Entscheidung: Wie wird politische Herrschaft in Deutschland legitimiert? Sollen die Teilhabemöglichkeiten der Bürger erweitert werden? 3.3.2.2 Politische Teilhabe (3) Wahlverhalten anhand der Rational-Choice-, der soziologischen und der individualpsychologischen Theorie erklären 2.1 Analysekompetenz	2

<p>Wahlentscheidung (z.B. Viereckenspiel, Ampelspiel)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsteilige Erarbeitung der verschiedenen Erklärungsansätze zu der Fragestellung 	<ul style="list-style-type: none"> ○ politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand von Modellen und Theorien untersuchen → Arbeit mit Modellen und Theorien 	
<p>Demokratie in der Schiefelage?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Asymmetrische Mobilisierung: Ursachen aus Statistiken und/oder Text herausarbeiten • Erläutern der Folgen (Erweiterung der Perspektive: subjektiv → öffentlich → systemisch) • Bewertung der Folgen <p>Mögliche Bewertungskriterien: Gerechtigkeit, Repräsentation, Partizipation</p> <p>Spannungsverhältnis, z.B. Interesse vs. Gemeinwohl, Partizipation vs. Repräsentation</p>	<p>Macht und Entscheidung: Wie wird politische Herrschaft in Deutschland legitimiert?</p> <p>Interessen und Gemeinwohl: Welchen Beitrag leisten die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten? Wie kann die Demokratie weiterentwickelt und gesichert werden?</p> <p>3.3.2.2 Politische Teilhabe</p> <p>(4) Ursachen des Nichtwählens (Protest, Politikferne, Zufriedenheit) beschreiben und mögliche Folgen einer geringen Wahlbeteiligung (fehlende Legitimation, Interessendurchsetzung wahlaktiver Minderheiten) erläutern</p> <p>(5) den Zusammenhang von sozialem Status (Milieuzugehörigkeit, Bildung) und Partizipation der Bürger erklären sowie die Folgen für die Demokratie bewerten</p> <p>→ pbk 10: Diagramme und Statistiken</p> <p>2.1 Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ bei der Untersuchung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sach-, Konflikt- und Problemlagen unterschiedliche Perspektiven berücksichtigen (individuelle, öffentliche, systemische) <p>2.2. Urteilskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Repräsentation, Partizipation) und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offenlegen ○ aufzeigen, dass sich politisches Urteilen und Handeln in einem ständigen Spannungsverhältnis wie zum Beispiel Macht versus Recht, Legitimität versus Effizienz, Interesse versus Gemeinwohl, Partizipation versus Repräsentation, Konflikt versus Konsens vollzieht 	<p>4</p>

<p>Parteien – werden sie ihrer verfassungsrechtlichen Stellung gerecht?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeit mit Modellen: Cleavage-Modell von Lipset/Rokkan • Veränderung von Wirklichkeit → Notwendigkeit von Weiterentwicklung von Modellen • Anwendung: (neue) Konfliktlinien zur Erklärung des Entstehens rechtspopulistischer Parteien • Streitlinie mit kontroversen Thesen: <i>Parteien sind „machtversessen ... und machtvorgessen“</i> (ehem. Bundespräsident Richard. v. Weizsäcker, 1992) vs. „Ohne Parteien keine Demokratie“ (Parteienforscher Martin Morlok, 2016) • Pro – Contra auf der Grundlage kontroverser Texte (z.B. Debatte, Rollenspiel, good angel/bad angel) 	<p>Macht und Entscheidung: Wie wird politische Herrschaft in Deutschland legitimiert? Interessen und Gemeinwohl: Welchen Beitrag leisten die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten?</p> <p>3.3.2.2 Politische Teilhabe (7) die Entstehung von Parteien und die Struktur des Parteiensystems anhand eines Modells erklären (zum Beispiel Cleavage-Modell) → Arbeit mit Modellen und Theorien</p> <p>(8) Kritik am Einfluss der Parteien auf Staat und Gesellschaft erörtern (Besetzung von Ämtern, Einflussnahme auf die Medien)</p> <p>2.1 Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand von Modellen und Theorien untersuchen → Arbeit mit Modellen und Theorien <p>2.2 Urteilskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ zu einer vorgegebenen Problemstellung eigenständig und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven durch Abwägen von Pro- und Kontra-Argumenten ein begründetes Fazit ziehen 	6
<p>„Mehr Demokratie wagen“?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beschreibung verschiedener Partizipationsformen z.B. Zukunftswerkstatt, Mediation, Beteiligungs-/Bürgerhaushalt oder Beteiligungsportale (Gruppenpuzzle) • ein Beispiel für erweiterte Partizipationsmöglichkeiten 	<p>Macht und Entscheidung: Sollen die Teilhabemöglichkeiten der Bürger erweitert werden? Interessen und Gemeinwohl: Wie kann die Demokratie weiterentwickelt und gesichert werden?</p> <p>3.3.2.2 Politische Teilhabe (9) die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten um dialogorientierte Partizipationsformen und Bürgerbeteiligung erörtern (zum Beispiel Zukunftswerkstatt, Mediation, Beteiligungshaushalt, Beteiligungsportale) (10) das politische System der Schweiz als halbdirekte Demokratie charakterisieren und eine Erweiterung des repräsentativen Systems Deutschlands durch plebiszitäre Elemente bewerten (11) Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen in der repräsentativen Demokratie Deutschlands in den</p>	8

<p>(aktuell und/oder mit lokalem Bezug) erörtern</p> <ul style="list-style-type: none"> Halbdirekte Demokratie in der Schweiz: „Was dürfen die Schweizer ‚mehr‘ als wir?“ - Grundzüge der Mitwirkungsrechte auf Bundesebene (Schweiz) „Ein Vorbild für die Bundesrepublik?“ - Beurteilung <p>Mögliche Bewertungskriterien: Effizienz, Partizipation Mögliche Spannungsverhältnisse: Legitimität vs. Effizienz, Interesse vs. Gemeinwohl, Konflikt vs. Konsens Möglicher Bezug zu neuen Demokratietheorien bzw. Input- und Output-Legitimation</p> <ul style="list-style-type: none"> „Wie zufrieden bin ich mit meinen Teilhabe-Optionen?“ Arbeitsteilige Beurteilung verschiedener politischer Partizipationsformen <p>Mögliche Kriterien: Effektivität, Legalität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit Mögliche Spannungsverhältnisse: Legitimität vs. Effizienz, Partizipation vs. Repräsentation</p>	<p>politischen Entscheidungsprozess einzubringen, bewerten</p> <p>2.1 Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> bei der Untersuchung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sach-, Konflikt- und Problemlagen unterschiedliche Perspektiven berücksichtigen (individuelle, öffentliche, systemische) <p>2.2. Urteilskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> zu einer vorgegebenen Problemstellung eigenständig und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven durch Abwägen von Pro- und Kontra-Argumenten ein begründetes Fazit ziehen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Repräsentation, Partizipation) und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offenlegen aufzeigen, dass sich politisches Urteilen und Handeln in einem ständigen Spannungsverhältnis wie zum Beispiel Macht versus Recht, Legitimität versus Effizienz, Interesse versus Gemeinwohl, Partizipation versus Repräsentation, Konflikt versus Konsens vollzieht 	
<p>Lernvoraussetzung</p>	<p>Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie die Macht zwischen den Verfassungsorganen in Deutschland verteilt ist (Macht und Entscheidung), wie die einzelnen Institutionen in Deutschland zusammenwirken (Ordnung und Struktur) und welchen Beitrag Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens leisten (Interessen und Gemeinwohl).</p>	

<p>Interessenverbände – unverhältnismäßiger Einfluss auf Parlament und Regierung?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundzüge der neo-pluralistischen Demokratietheorie (mögl. Differenzierung: Primär- oder Sekundärtext) • Adressaten, Formen und Umfang der internen sowie öffentlichen Beeinflussung durch Interessenverbände (Statistiken; Schaubilder) • Pro – Contra: Einfluss der Interessenverbänden unter Berücksichtigung von Konfliktfähigkeit und Organisationsfähigkeit (z.B. Debatte, Rollenspiel, good angel/bad angel) 	<p>Macht und Entscheidung: Wie ist staatliche Macht in Deutschland verteilt? Wie wird staatliche Macht in Deutschland kontrolliert? Welchen Einfluss haben nicht staatliche Akteure auf Gesetzgebung und Kontrolle?</p> <p>Interessen und Gemeinwohl: Welchen Beitrag leisten Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland?</p> <p>3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren (1) die Pluralismustheorie Fraenkels charakterisieren (2) den Einfluss von Interessenverbänden auf Parlament und Regierung erörtern (Einfluss auf die öffentliche Meinung, personelle und finanzielle Unterstützung, Expertise)</p> <p>2.1 Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand von Modellen und Theorien untersuchen → Arbeit mit Modellen und Theorien <p>2.2 Urteilskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ zu einer vorgegebenen Problemstellung eigenständig und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven durch Abwägen von Pro- und Kontra-Argumenten ein begründetes Fazit ziehen <p>→ pbk 10: Diagramme und Statistiken → pbK 10: Vernetzungsdiagramme III: Strukturmodell</p>	6
<p>Gesetzgebung – doch nicht nur Zuständigkeit der Legislative?!</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verfassungsrecht und -wirklichkeit: Art. 77 Abs. 1 GG, Prinzip des Vorbehalts des Gesetzes, Wesentlichkeitstheorie, Verordnung • Vom Referentenentwurf zur Kabinettsvorlage (Text → Schaubild) • Anzahl der legislativen Akte 	<p>Macht und Entscheidung: Wie ist staatliche Macht in verteilt? Wie wird staatliche Macht in Deutschland kontrolliert?</p> <p>Ordnung und Struktur: Wie ist das politische System Deutschlands aufgebaut?</p> <p>Interessen und Gemeinwohl: Welchen Beitrag leisten Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland?</p> <p>3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren (4) die Bedeutung der Exekutive für die Gesetzgebung erläutern (Initiativrecht, Ministerialbürokratie)</p> <p>→ pbk 10: Diagramme und Statistiken → pbK 10: Vernetzungsdiagramme</p>	2

<p>nach Akteuren: Bundesregierung, -tag, -rat (Statistik)</p>		
<p>Mitregenten und Vetospieler – Entparlamentarisierung der politischen Entscheidungsfindung?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitwirkung des Bundesrats: zwei exemplarische Gesetze (Zustimmungs- und Einspruchsgesetz) • Europäisierung: ein Fallbeispiel, z.B. Datenschutzgrundverordnung (EU-Richtlinie), Pkw-Maut (EuGH) • Bewertung der Entscheidungsfindung in Deutschland (Berücksichtigung aller genannter Akteure: EU, Interessenverbände, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht; Begriffsklärung: Mitregent, Vetospieler; vertikale Gewaltenteilung, Politikverflechtung; abstrakte Normenkontrolle; Europäisierung) <p>Mögliche Kriterien: Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Transparenz, Partizipation</p>	<p>Macht und Entscheidung: Wie ist staatliche Macht in Deutschland sowie zwischen Deutschland und der Europäischen Union verteilt? Wie wird staatliche Macht in Deutschland kontrolliert? Welchen Einfluss haben nicht staatliche Akteure auf Gesetzgebung und Kontrolle?</p> <p>Ordnung und Struktur: Wie ist das politische System Deutschlands aufgebaut?</p> <p>Interessen und Gemeinwohl: Welchen Beitrag leisten Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland?</p> <p>3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren</p> <p>(2) den Einfluss von Interessenverbänden auf Parlament und Regierung erörtern (Einfluss auf die öffentliche Meinung, personelle und finanzielle Unterstützung, Expertise)</p> <p>(5) die Mitwirkung des Bundesrats an der Gesetzgebung erläutern (einfache und zustimmungspflichtige Gesetze, Vermittlungsausschuss)</p> <p>(6) die Europäisierung der Gesetzgebung erläutern (zum Beispiel EU-Verordnungen, -Richtlinien, -Beschlüsse und -Empfehlungen, Entscheidungen des EuGH)</p> <p>(7) die Entscheidungsfindung im föderalen System Deutschlands mit der Vielzahl an Mitregenten und Vetospielern bewerten (EU, Interessenverbände, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht)</p> <p>2.1 Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand von Modellen und Theorien untersuchen → Arbeit mit Modellen und Theorien <p>2.2. Urteilskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Repräsentation, Partizipation) und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offenlegen ○ aufzeigen, dass sich politisches Urteilen und Handeln in einem ständigen Spannungsverhältnis wie zum Beispiel Macht versus Recht, Legitimität versus Effizienz, Interesse versus Gemeinwohl, Partizipation versus Repräsentation, Konflikt versus Konsens vollzieht 	<p>8</p>

Lernvoraussetzung	Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie staatliche Macht in Deutschland kontrolliert wird und wie die Judikative auf den Gesetzgebungsprozess einwirkt (Macht und Entscheidung).	
Der Bundestag – ein wirkungsmächtiger Antagonist der Regierung? <ul style="list-style-type: none"> • Einstieg: Zu geringe Kontrollmöglichkeiten bei Großen Koalitionen? • Kontrollrechte beschreiben (Info-Text) • Strukturmodell zu Gewaltenschränkung auswerten • Überprüfung von Kontrollfunktion: Analyse von Statistiken zu Parlamentarischen Staatssekretären und zu parlamentarischer Kontrolltätigkeit 	Macht und Entscheidung: Wie wird staatliche Macht in Deutschland kontrolliert und begrenzt? 3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft (1) parlamentarische Kontrollrechte beschreiben (Plenarsitzung, konstruktives Misstrauensvotum, Budgetrecht, Fragerechte des Bundestags, Aktuelle Stunde, Untersuchungsausschüsse) (2) Formen von Gewaltenschränkung in der parlamentarischen Demokratie Deutschlands erklären (Opposition im Deutschen Bundestag als Kontrollinstanz, personelle und programmatische Verschmelzung von Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag mit der Regierung, informeller Einfluss der Regierungsfractionen auf die Regierungsarbeit) (3) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit Mehrheits- und Minderheitsfractionen ihre Kontrollfunktion wahrnehmen → pbk 10: Diagramme und Statistiken	4
Europäisches Parlament und Deutscher Bundestag - Wer ist der schärfere Hund? <ul style="list-style-type: none"> • Einstieg mit Fallbeispiel, z.B. Wahl der von der Leyen-Kommission • Übersicht über Kontrollmöglichkeiten des EP 	Macht und Entscheidung: Wie wird staatliche Macht in Deutschland kontrolliert und begrenzt? 3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft (4) die Kontrollmöglichkeiten auf EU-Ebene durch das Europäische Parlament beschreiben (Fragerechte, Wahl des Kommissionspräsidenten und Bestätigung der Kommission, Misstrauensvotum gegen die Kommission, Untersuchungsausschüsse, Budgetrecht) (5) Kontrollmöglichkeiten des Europäischen Parlaments mit denen des Deutschen Bundestags vergleichen (Einfluss auf die Exekutive, Rolle in der Gesetzgebung)	4

<ul style="list-style-type: none"> Vergleich der Kontrollmöglichkeiten EP - Bundestag <p>Mögliche Kriterien: Rolle bei Regierungsimplementierung, Möglichkeit zur Abwahl der Regierung oder einzelner Mitglieder, Möglichkeit zur Kontrolle der Regierung; Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren</p>		
<p>Der Europäische Gerichtshof – Europas wirksame Dritte Gewalt?</p> <ul style="list-style-type: none"> Überblick über EuGH-Aufgaben Bewertung, z.B. der Vertragsverletzungsverfahren zur deutschen Pkw-Maut <p>Mögliche Kriterien: Effektivität, Legalität, Gerechtigkeit</p>	<p>Macht und Entscheidung: Wie wird staatliche Macht in Deutschland kontrolliert und begrenzt?</p> <p>3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft (6) die Aufgaben des EuGH beschreiben (zum Beispiel Nichtigkeitsklagen, Vertragsverletzungsverfahren, Untätigkeitsklagen, Vorabentscheidungen) und an einem vorgegebenen Fallbeispiel die Kontrollfunktion des EuGH bewerten</p> <p>2.4. Urteilskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Repräsentation, Partizipation) und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offenlegen aufzeigen, dass sich politisches Urteilen und Handeln in einem ständigen Spannungsverhältnis wie zum Beispiel Macht versus Recht, Legitimität versus Effizienz, Interesse versus Gemeinwohl, Partizipation versus Repräsentation, Konflikt versus Konsens vollzieht 	4
<p>Lernvoraussetzung</p>	<p>Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Bedeutung Medien für eine demokratische Gesellschaft haben.</p>	
<p>Vermitteln, kontrollieren und beeinflussen - Medien als Alleskönner im politischen System?</p> <ul style="list-style-type: none"> Fallbeispiele für besondere Konstellationen Politik – Medien (z.B. Medienlandschaft in Italien, fox news in USA) Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten im 	<p>Macht und Entscheidung: Welchen Einfluss haben nicht staatliche Akteure auf Gesetzgebung und Kontrolle? Welche Bedeutung haben Medien für eine demokratische Gesellschaft?</p> <p>3.3.2.2 Politische Teilhabe (6) die Bedeutung der Medien für die politische Teilhabe erläutern (zum Beispiel Meinungs- und Pressefreiheit, Medienkonsum, Medialisierung der Wahlkämpfe, Medialisierung der Politik)</p> <p>3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren (3) den Einfluss der Medien auf Gesetzgebung und Regieren erläutern</p>	8

<p>politischen Entscheidungsprozess (Politikzyklus) unter Berücksichtigung der Funktionen der Medien (Information, Herstellung von Öffentlichkeit/agenda setting, Kontrolle, Kritik, Konstruktion von Wirklichkeit)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Internet und Social Media – Totengräber der etablierten Medien? mögliche Materialien/Impulse: Statistiken; Trump-Effekt; Rechercheverbund NDR, WDR, SZ • Urteilsbildung: Gefährden Social Media die Demokratie? 	<p>3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft (7) erörtern, ob Medien ihre Kontrollfunktion wahrnehmen (zum Beispiel Wirklichkeitsverzerrung durch Medien, Journalisten als politische Akteure, Journalismus unter wirtschaftlichen Zwängen, investigativer Journalismus)</p> <p>2.2 Urteilskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ zu einer vorgegebenen Problemstellung eigenständig und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven durch Abwägen von Pro- und Kontra-Argumenten ein begründetes Fazit ziehen <p>→ pbK 10: Politikzyklus → pbk 10: Quellen im Internet</p>	
<p>Urteilsbildung zur Leitfrage: Wie gut funktioniert unsere Demokratie?</p> <p>Erörterung unter Berücksichtigung der Grundlagen, der politischen Teilhabe, der Gesetzgebung und des Regierens sowie der Kontrolle politischer Herrschaft</p>		2

Anmerkung zur Positionierung der **Medien-ibK**: Die hier gezeigte Bündelung am Ende der Einheit ist ein Vorschlag. Alternativ könnte diese gebündelten Standards auch als Einstieg in die Einheit gewählt werden. Eine dritte Möglichkeit ist die im Bildungsplan vorgesehene Positionierung.